



UMWELT / REPORT



Francisco Marí

Foto: © 2018 by Schattenblick

Meeresnutzung - Überfischung ...

Francisco Marí im Gespräch

(SB) - Obwohl der Pazifik der größte Kontinent der Erde ist - wengleich ein "flüssiger Kontinent", wie die dort lebenden Menschen ihn nennen -, wird ihm und den anderen Ozeanen vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Auch ... (Seite 6)

Kooperationspartner

3 POLITIK - AUSLAND:

Mexiko - Wahlsieger bereitet Übergang vor, Gewalt bei Lokalwahlen (poonal)

5 POLITIK - WIRTSCHAFT:

Ein gutes Leben für Alle - Nicht mit einem 12-Stunden-Arbeitstag (Pressenza)

12 UMWELT:

Kolumbien - Hidroituango in Bildern, Flora und Fauna (poonal)

16 MEDIEN - FAKTEN:

Meinungsmonopol (Pressenza)

Jemen - Huthisieg und Bombenrache ...

(SB) 5. Juli 2018 - Eines muß man den Saudis und Emiratern lassen. Ihnen fallen die beeindruckendsten Namen für ihre Militäroperationen ein. Peinlich ist nur, daß aufgrund der militärischen Inkompetenz der Streitkräfte Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate stets eine ungeheure Lücke zwischen den hochgesteckten Zielen und der Wirklichkeit klafft. Als die Truppen Riads und Abu Dhabis Ende März 2015 in den Bürgerkrieg im Jemen zugunsten des gestürzten Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi eingriffen, trug die Aktion den vielversprechenden Titel "Operation Entscheidender Sturm". Mehr als drei Jahre später ist rein gar nichts entschieden.

Die schiitischen Huthi-Rebellen bleiben im Nordwesten des Landes einschließlich der dortigen Hauptstadt Sanaa unbezwingbar, während im Jemen als ganzes laut UN-Angaben die "größte humanitäre Krise der Welt" herrscht - nicht zuletzt aufgrund der vielen völkerrechtlich illegalen Luftangriffe der ausländischen Koalitionäre auf Krankenhäuser, Trink- und Abwasseranlagen sowie landwirtschaftliche Betriebe. Zwar kontrollieren Hadis Getreue weite Teile des Südens und Ostens des Jemens mit Hilfe ihrer saudischen und emiratischen Verbündeten, doch sind sie einander

spinnefeind und bekämpfen sich halboffen mittels Attentaten, Entführungen und vielem mehr. Noch vor Ende des Sommers 2015 wurde aus dem doch nicht entscheidenden Sturm die "Operation Hoffnung Wiederherstellen". Der Titel gilt bis heute, was angesichts Zehntausender Toter, Hunderttausender Kriegsflüchtlinge und Millionen von Zivilisten, die unter schwerer Hungersnot leiden, an Zynismus nicht zu überbieten ist.

Am 13. Juni nahm die "Operation Goldener Sieg" ihren Lauf. Mit dieser Offensive sollte die Hafestadt Hudeida, der am Roten Meer liegende letzte Zugang der Huthis zur Außenwelt, über den Millionen von Menschen im jemenitischen Nordwesten mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden, eingenommen und die schiitischen Huthi-Rebellen, die sich selbst Ansar Allah (Bewegung Gottes) nennen, zur Kapitulation gezwungen werden. An der Operation nehmen rund 25.000 Kämpfer teil, eine Mischung aus emiratischen Armeekommandeuren, Angehörigen der von Abu Dhabi finanzierten süd-jemenitischen Al-Amalikah-Brigaden, Anhängern des früheren Präsidenten Ali Abdullah Saleh unter dem Befehl von dessen Neffen Tarek, Infantristen aus Eritrea und Sudan sowie auslän-

dischen Söldnern. Es gab unbestätigte Berichte von der Beteiligung amerikanischer, britischer und französischer Spezialstreitkräfte. Über die Anzahl der Verteidiger in der 600.000 Einwohner zählenden Stadt haben die Huthis keine Angaben gemacht.

Zunächst setzten die Angreifer zur Eroberung des Flughafens von Hudeida an, der am südlichen Rand der Stadt liegt. Es tobten tagelange Kämpfe. Die Koalitionäre hatten offenbar Schwierigkeiten, den Nachschubweg zur 184 Kilometer südlich liegenden Stadt Mokka, aus der sie gekommen waren, aufrechtzuerhalten. Wie man anhand der Fotos im Internet verfolgen konnte, war die Landstraße zwischen Mokka und Hudeida bald mit ausgebrannten Allradwagen übersät. Ende Juni wurde die Einnahme des Flughafens gemeldet, doch kommt es dort bis heute immer wieder zu Schießereien. Am 29. Juni haben die Emirater völlig überraschend eine Feuerpause angekündigt. Die offene Niederlage bzw. die Unfähigkeit, die Huthis zu bezwingen, wurde in eine Geste des guten Willens an die Adresse des britischen UN-Sonderversmitlers Martin Griffiths umgemünzt, der seit Wochen zwischen Riad, Abu Dhabi, Sanaa und Aden, dem provisorischen Sitz der Hadi-Regierung, pendelt und sich verzweifelt bemüht, ein Ende des Blutvergießens und eine rasche Linderung der humanitären Lage im Armenhaus Arabiens herbeizuführen.

Angeblich sind die Huthis bereit, den Vereinten Nationen den Betrieb der Hafenanlage von Hudeida zu überlassen. Auf diese Weise soll die Einfuhr lebensnotwendiger Mittel für die Zivilbevölke-

rung aufrechterhalten und gleichzeitig der Vorwurf, die Huthis bekämen über Hudeida heimlich Waffen aus dem Iran, entkräftet werden. Sie weigern sich jedoch, der Aufforderung der Koalitionäre, sich ganz aus der Hafenstadt zurückzuziehen, Folge zu leisten. Dies ist für Hadi, Riad und Abu Dhabi jedoch inakzeptabel, weswegen in den letzten Tagen die Kämpfe um Hudeida teilweise wieder aufgeflammt sind. Während die iranische Nachrichtenagentur Fars am 2. Juni meldete, die Huthis hätten bei Hudeida einen amerikanischen Söldner der Firma Academi, die früher Blackwater hieß, gefangengenommen, berichtete am selben Tag antiwar.com, die saudische Luftwaffe greife kleinere, in den Händen der Huthis befindliche Städte und Dörfer entlang der Straße zwischen Hudeida und Mokka an.

Am 3. Juni meldete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua ein weiteres Massaker der saudischen Luftwaffe im Gouvernement Saada, bekanntlich eine Hochburg der Ansar Allah. Bei dem Bombenangriff auf eine Hochzeitsfeier im Dorf Ghafirah im Bezirk Al Thahir sollen mindestens elf Zivilisten getötet und elf weitere verletzt worden sein. Bei einem ähnlichen Luftangriff der Saudis auf das Dorf Hadschah kamen im April 23 Mitglieder einer Hochzeitsgesellschaft, darunter sogar die junge Braut, ums Leben. Die Bergung aller Leichenteile soll über eine Woche gedauert haben. Dies berichtete der in Sanaa weilende US-Journalist Alex Potter, der im Auftrag der Onlinezeitung Intercept Hadschah besuchte und mit den traumatisierten Menschen sprach. Angesichts solcher Schrecken-

staten sowie der jüngsten Angaben des UN-Kinderhilfswerks von 121.000 Menschen, die in den letzten Wochen aus Hudeida geflohen sind, ist ein baldiges Ende der Kämpfe dringend geboten.

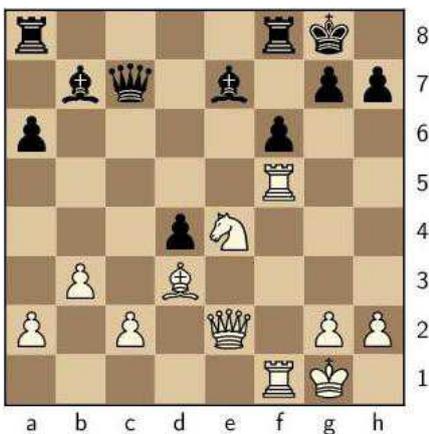
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1605.html>

SCHACH - SPHINX

Emporgewirbelt aus Finsternissen

(SB) - Viele Partien nehmen einen prosaischen Verlauf, weil der Verteidiger durch ein geschultes Auge selbst in deutlich schlechterer Stellung noch die bestmögliche Fortsetzung finden. Dadurch gehen viele äußerst schöne und bewundernswerte Kombinationen verloren. Nur als Randbemerkungen tauchen sie auf, lassen uns ahnen, welcher tiefer Brunnen hier gegraben, aber nicht ausgeschöpft wurde. Aber um die Worte des deutschen Dichterkönigs Goethe - "nichts bleibt weniger verborgen und ungenutzt als zweckmäßige Tätigkeit" - wahr werden zu lassen, werfen wir einen langen Blick auf die Stellung im heutigen Rätsel der Sphinx. Weiß hatte nun mit 1.Se4-g5! den Konflikt auf die Spitze getrieben, sein Kontrahent allerdings sah den drohenden Untergang und gab lieber mit 1...g7-g6 2.Sg5-e6 die Qualität. Schleppe zog sich darauf die Partie 14 Züge weiter hin, ehe Schwarz das Handtuch warf. Bedauernswert, denn wie glänzend hätte die Partie nach 1...f6xg5, emporgewirbelt aus Finsternissen in lichte

Sternenhöhe durch einen erfindungsreichen Geist, erstrahlen können. Im günstigsten Fall hätte sich Schwarz in ein hoffnungsloses Endspiel "retten" können. Die Position nach 1...f6xg5 barg jedoch auch ein funkelndes Kombinationsjuwel, und an keiner Gelegenheit sollte der forschende Geist vorbeigehen, die ihm Einblicke in den verborgenen Mechanismus der Schachkunst eröffnen könnte, Wanderer.



Mokry - Benjamin
Moskau 1994

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Warum sich mit dem Spatz in der Hand begnügen, wenn man die Taube vom Dach haben kann, sagte sich der kroatische Großmeister Cvitan und warf sein kombinatorisches Netz aus: 1.Se5xf7! Tf8xf7 2.Sc3xd5 c6xd5 3.Db3xd5 Dc8-d7 und Schwarz gab gleichzeitig auf, ohne sich 4.Dd5xf7+ Dd7xf7 5.Te1-e8+ Lg7-f8 6.Lc1xh6 Kg8-h7 7.La2xf7 Lf8xh6 8.Lf7-d5 mit weiteren Materialverlusten zeigen zu lassen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06616.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Wahlsieger in Mexiko bereitet Übergang vor, Gewalt bei Lokalwahlen

von Philipp Gerber



*Andrés Manuel López Obrador
und Peña Nieto
Foto: gov.mx*

(Mexiko-Stadt, 4. Juli 2018, *amerika21*) - Am Dienstag hat der Gewinner der Präsidentschaftswahlen in Mexiko, Andrés Manuel López Obrador, in einem ersten Gespräch mit dem noch amtierenden Präsidenten Enrique Peña Nieto den Regierungswechsel besprochen. Die eineinhalbstündige Unterredung im Präsidentenpalast in Mexiko-Stadt fand laut López Obrador in einer kollegialen Atmosphäre statt. Angesprochen wurden die wichtigsten Themen [1] in der Übergangsphase bis zur Amtsübergabe am 1. Dezember: die Neuverhandlung des nord-amerikanischen Freihandelsabkommens Nafta, der Bau des neu-

en Flughafens von Mexiko-Stadt sowie eine Reform der Energiewirtschaft. Zu den laufenden Verhandlungen über die Freihandelszone Nafta zwischen Mexiko, den USA und Kanada werde die künftige Regierung schon jetzt "Spezialisten entsenden, die diese Verhandlungen begleiten". Dabei würde die Position der aktuellen Regierung respektiert, so López Obrador.

Der Wahlsieger vom vergangenen Sonntag kündigte auch an, dass seine Bewegung der Nationalen Erneuerung (Movimiento Renovación Nacional, Morena) einen gesellschaftlichen Dialog initiieren werde, um den Frieden im Land wiederherzustellen. Dazu würden internationale Organisationen und religiöse Führungs-

persönlichkeiten eingeladen, darunter Papst Franziskus. Auch die künftige Innenministerin Olga Sánchez Cordero bestätigte im Gespräch mit der Journalistin Carmen Aristegui [2], dass die Bekämpfung der Straflosigkeit und der damit einhergehenden Gewalt im Land zuoberst auf ihrer Agenda stehen wird: "Die Straflosigkeit hat Korruption, Gewalt, Morde, Frauenmorde, Verschwundene, Menschenhandel zur Folge", so die ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshofs.

Dass es um die innere Sicherheit schlimm bestellt ist, zeigen die jüngsten Gewalttaten während der Wahlen. Insbesondere in den südlichen Bundesstaaten wurden Unregelmäßigkeiten registriert, die ihre Ursache in lokalen Machtkämpfen haben. Gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl fanden auch Gouverneurswahlen in neun der 32 Bundesstaaten sowie Bürgermeisterwahlen in 30 Bundesstaaten statt. Das Zusammenlegen dieser Wahlen mit der Abstimmung über einen neuen Präsidenten ermöglichte den "Amlo-Effekt": Zahlreiche Bürger*innen, die ihre Stimme dem Hoffnungsträger Andrés Manuel López Obrador, im Volksmund Amlo genannt, gaben, wählten auch Vertreter*innen von Morena in Gouverneursposten und Lokalparlamente. Bei aktuell 94 Prozent ausgezählter Wahlunterlagen ist klar, dass die 2014 gegründete Morena-Partei erstmals die Bundesstaaten Tabasco, Chiapas, Veracruz, Morelos und die Hauptstadt Mexiko-Stadt regieren wird. Nur Yucatán und Guanajuato gingen an die konservativ-klerikale Partei der Nationalen Aktion (Partido Acción Nacional, PAN), während die linke Partei

"Movimiento Ciudadano" (MC) in Jalisco gewann.

Im Bundesstaat Puebla führt zwar die Koalition unter der Ägide der PAN die Auszählung der Stimmen an, aber der Morena-Kandidat Miguel Barbosa sowie viele soziale Organisationen und Beobachter kritisieren die Gewaltakte am Wahltag und Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung. Bewaffnete Kommandos raubten am Wahltag etwa 70 Wahlurnen [3]. Trotzdem lag Barbosa bei den Exit-Polls mehrere Prozentpunkte vor Martha Érika Alonso Hidalgo, der Kandidatin von PAN-PRD-MC und Ehefrau des Ex-Gouverneurs Rafael Moreno Valle Rosas (PAN). Gemäß Barbosa begeht der "Staatsapparat" in Puebla einen Wahlbetrug, viele Bürgerinitiativen rufen derzeit zu Protesten auf. Pikant an der Auseinandersetzung ist, dass Barbosa in den letzten Jahren als einflussreicher Senator der PRD eng mit Moreno Valle zusammenarbeitete und die ideologisch seltsame Allianz der rechten PAN mit der gemäßigt linken PRD maßgeblich aushandelte, bevor er 2017 die schwächelnde PRD verließ und zu Morena wechselte.

In Chiapas gewann Morena [4] den Gouverneursposten dank der Auflösung des historischen Bündnisses zwischen der PRI und der in Mexiko rechtspopulistischen Grünen Partei (Partido Verde Ecologista de México, PVEM), deren Kandidaten zusammen mehr Stimmen erhielten als Morena. Gewählt wurde der Anwalt Rutilio Escandón. Auch Escandón war einst Senator für die PRD, wurde dann aber als Magistratspräsident der Judikative ein Spitzenfunktionär der Regierung

des Gouverneurs Manuel Velasco Coello (PVEM). Escandóns Kandidatur ging eine monatelange Kampagne vor den offiziellen Wahlkampfzeiten voraus, in der er sich als künftiger Spitzenkandidat für die Gouverneurswahlen positionierte. Auch andere Morena-Spitzenkandidaten, etwa für den Senat, sind erst kürzlich aus der als äußerst korrupt geltenden Grünen-Partei ausgetreten. Sie wurden gegen den expliziten Protest der Parteibasis von der Morena-Parteispitze zu Kandidaten gekürt, was auf fehlende interne Demokratie in der 2014 gegründeten Linkspartei hindeutet.

Bei der Wahl der Bürgermeisterämter ist das Panorama oft noch konfliktgeladener. Zudem gewann Morena auf lokaler Ebene signifikant weniger Unterstützung als bei den Bundesstaats- und Präsidentschaftswahlen. In Chiapas kam es am Wahltag und auch in den darauffolgenden Tagen an verschiedenen Orten zu Ausschreitungen mit mindestens vier Todesopfern. Nur 26 der 122 Bürgermeisterämter im südlichsten Bundesstaat gingen an Morena. In Oaxaca wurde ebenfalls über Parteigrenzen hinweg gewählt: Während Morena zwar 24 der 25 Direktsitze im Lokalparlament gewann, war die Linkspartei nur bei 42 der 152 Bürgermeisterämter erfolgreich. Dies liegt gemäß Beobachter*innen vor allem daran, dass lokale Morena-Vertreter*innen als Lokalpolitiker*innen nicht brillierten oder erst kürzlich aus anderen Parteien zu Morena wechselten. So wählten in Oaxaca zwei von drei Stimmberechtigten Andrés Manuel López Obrador, aber nur jeder dritte gab seine Stimme den lokalen Morena-Kandidat*innen [5].

Anmerkungen:

[1] <http://www.jornada.com.mx/ultimas/2018/07/03/me-reunire-manana-martes-con-empresarios-amlo-877.html>

[2] <https://aristeguinoticias.com/0307/mexico/amlo-respetara-autonomia-de-fiscalia-general-pero-buscara-reforma-para-designar-al-titular-sanchez-cordero/>

[3] <https://www.proceso.com.mx/541393/en-puebla-70-casillas-fueron-robadas-destruidas-o-quemadas-ine>

[4] <https://www.proceso.com.mx/541332/rutilio-escandon-de-morena-pes-pt-aventaja-en-chiapas-pese-a-balaceras-y-actos-de-violencia>

[5] <https://oaxaca.quadratin.com.mx/morena-obtiene-carro-completo-en-oaxaca/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/wahl-sieger-in-mexiko-bereitet-uebergang-vor-gewalt-bei-lokalwahlen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1792.html>

POLITIK / WIRTSCHAFT / ARBEIT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**Ein gutes Leben für Alle -
Nicht mit einem 12-Stunden-Arbeitstag**

von Presseaussendung von Südwind [1], 29. Juni 2018

Die Menschenrechtsorganisation Südwind zeigt auf, dass ArbeiterInnen weltweit unter überlangen Arbeitszeiten leiden und fordert eine Arbeitszeitverkürzung statt eine Arbeitszeitverlängerung.

Wien, 29. Juni 2018 - Südwind setzt sich für ein gutes Leben für alle Menschen ein, weltweit. Die Recherchen von Südwind dokumentieren, dass überlange Arbeitszeiten - egal ob auf Bananenplantagen in Ecuador, in Bekleidungsfabriken in Indonesien oder in IT-Fabriken in China - eines der größten Probleme von ArbeiterInnen in globalen Wertschöpfungsketten sind.

Mehr Arbeit, weniger Lohn

"Überlange Arbeitszeiten - wie sie von Tausenden ArbeiterInnen in Betrieben u. a. in China, Bangladesch oder Moldawien abverlangt werden - verhelfen den Beschäftigten weder zu einem höheren Lohn und schon gar nicht zu einem besseren Leben", sagt Stefan Grasgruber-Kerl, Kampagnenleiter der Menschenrechtsorganisation Südwind.

Mehr arbeiten, weniger leisten

"Nach acht Stunden Arbeit sinkt die Produktivität und

steigt die Gefahr von Arbeitsunfällen", so Grasgruber-Kerl. Zahlreiche Studien, die in diesem und im vergangenen Jahrhundert verfasst wurden, belegen diesen Abfall der Leistungsfähigkeit. (z. B. Chapman 1909, Crocker and Horst, 1981; Brachet et al., 2012; Pencavel, 2015; Dolton et al., 2016; Vagnas 2016, Collewet and Saueremann 2017, ILO Seo 2011, ILO Tucker and Folkard 2012, ILO Golden 2012, ILO Issues Paper 2014).

Das erste Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Bereits 1919 wurde in Washington das ILO Übereinkommen 1 (das erste ILO Übereinkommen überhaupt) über die Begrenzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich beschlossen. Am 13. Juni 1921 trat es in Kraft. Österreich ratifizierte das Übereinkommen am 12. Juni 1924. "Diese Errungenschaft ist durch das geplante Bundesgesetz, mit dem das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsruhegesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden soll, in Gefahr", sagt Stefan Grasgruber-Kerl, Kampagnenleiter bei Südwind.

Arbeitszeit verkürzen, statt verlängern!

Südwind spricht sich klar gegen die von der Bundesregierung angestrebte Ausdehnung der Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden täglich und bis zu 60 Stunden in der Woche und die Änderungen der Ruhezeiten aus. Durch die rasanten Produktivitätszuwächse in den letzten Jahrzehnten sollte im Gegenteil eine Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden. Auch die Internationale Arbeitskonferenz der ILO hat sich bereits am 26. Juni 1962 in ihrer Empfehlung 116 für eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen.

Anmerkung:

[1] <https://www.suedwind.at>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwar2836.html>

UMWELT / REPORT / INTERVIEW

Meeresnutzung - Überfischung ...

Francisco Marí im Gespräch



Francisco Marí
Foto: © 2018 by Schattenblick

(SB) - 5. Juli 2018 - Obwohl der Pazifik der größte Kontinent der Erde ist - wenngleich ein "flüssiger Kontinent", wie die dort lebenden Menschen ihn nennen -, wird ihm und den anderen Ozeanen vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Auch Nichtregierungsorganisationen kümmern sich eher um Landfragen als um Fragen des Meeresschutzes. Nochmals geringer ist die Zahl derjenigen, die Meeresschutz und Entwicklungspolitik zusammenbringen. Ausnahmen davon bilden die drei Organisationen Fair Oceans, Brot für die Welt und Forum Umwelt & Entwicklung, die am 8. Juni zum "Tag der Ozeane" eine Konferenz abgehalten haben, die unter dem Titel "Weltmeere zwischen Umwelt und Entwicklung" stand. Veranstaltet in der Bremer Landesver-

tretung in Berlin war die Konferenz in drei Panels geteilt: Internationale Meerespolitik, Tiefseebergbau und Fischereimanagement.

Zu letztgenanntem Themenkomplex hielt Francisco Marí, beim Evangelischen Entwicklungsdienst Brot für die Welt Referent für Welternährung, einen Vortrag über "Kleinfischerei in der internationalen Fischereipolitik" und ordnete in diesem Kontext die Tätigkeit seiner Organisation ein. Mit der Umsetzung der Fischereiverträge der Europäischen Union ist Marí durchaus zufrieden. Vieles werde erfüllt, vieles allerdings noch nicht. Und was die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO angeht, so seien diese zwar freiwillig, würden aber breit diskutiert, berichtete er. Es habe sich etwas getan, auch wenn es nun an den Staaten sei, sie in nationale Gesetzgebung umzusetzen.

Marí unterstützt die "Fischerei-Transparenzinitiative", die sich an die Transparenzinitiative von extraktiven Industrien, Fisheries Transparency Initiative FiTI genannt, anlehnt, da die meisten Länder es an Transparenz mangeln lassen. Brot für die Welt versucht, die Regierungen darauf zu verpflichten, daß sie alle Aktivitäten und Ereignisse, die in ihren Gewässern geschehen, sowie die Fischereigesetzgebung offenlegen.

"Transparenz" war auch eines der Themen, über das der Referent im Anschluß an die Konferenz mit dem Schattenblick sprach.

Schattenblick (SB): Bei der heutigen Diskussion über Fischereimanagement fiel auf, daß das Thema Brexit nicht aufgegriffen wurde. Ändert sich etwas an der Fischereipolitik durch den Abschied des Vereinigten Königreichs von der Europäischen Union?

Francisco Marí (FM): Dafür bin ich zwar kein Experte, aber aus entwicklungspolitischer Sicht ändert sich wenig, außer vielleicht, daß Entwicklungsgelder wegfallen. Die Fernfangflotte der Briten war eher in Richtung Nordsee und Nordostatlantik vor Grönland und Island unterwegs, für die Entwicklungspolitik spielt das keine Rolle. Die meisten britischen Fischer waren vom Brexit begeistert, weil sie erwarteten, daß sie dann nicht mehr von der EU gegängelt werden und keine fremden Schiffe mehr in ihren Gewässern fischen.

Wobei letzteres nur bedingt relevant ist, denn die vereinbarte europäische Stabilität hat es beispielsweise Spaniern gar nicht erlaubt, in der Nordsee zu fischen. Insofern gewinnen die britischen Fischer durch den Brexit nicht viel, umgekehrt könnten sie aber Gewässer wie zum Beispiel jene vor Grönland verlieren, in denen sie bislang fischen durften. Es sei denn, man würde im Falle eines weichen Brexits eine Ausnahmeregelung treffen.

Ansonsten ist der Brexit ein Problem für die britischen Fischer, weil sich der Fisch nicht an Gren-

zen hält. So wird der Kabeljau zum Beispiel weiter nördlich gefangen, und wenn die Briten ihre Managementpläne nicht mehr mit der EU absprechen, dann ist der Kabeljau mal da, dann wieder weg. Oder wenn sie ihn abfischen, gehen andere leer aus, da keine gemeinsame Verwaltung besteht. Richtige Probleme sehe ich vor allem in der Irlandfrage. Irland bleibt in der EU, und die Irische See ist Durchzugsgebiet von Fischen. Da könnten Konflikte entstehen.



Krieg um Fisch - Kollision zwischen der britischen Fregatte HMS Scylla und dem isländischen Patrouillenboot Odinn am 23. Februar 1976.

Island und Großbritannien führten zwischen 1958 und 1973 drei "Kabeljaukriege". Islands Forderung nach einer 200-Seemeilen-Fischereizone wurde vom Internationalen Seerechtsübereinkommen übernommen und gilt heute für alle Küstenstaaten.

Foto: Isaac Newton, CC BY-SA 2.5 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en]

SB: Wenn große Fischtrawler vor Mauretania die Meere durchpflügen und alles abfangen, dann ist das nicht nachhaltig, das ist klar. Ist die Kleinfischerei per se

davor gefeit, Bestände zu überfischen, oder sind dir Beispiele bekannt, wonach massenhafte Kleinfischerei ähnliche Effekte haben kann?

FM: Das gibt es durchaus, aber zuvor noch ein Kommentar zu dem Trawler vor Mauretania. Das ist zumindest kein europäischer und auch kein russischer Trawler. Die fischen dort nicht mehr. Die Überwachung in Mauretania funktioniert halbwegs, so daß ich den Satz so nicht unter-

schreiben würde. Wir von Brot für die Welt sind ja vor Ort und haben gegen diese Art der Fischerei wirklich einiges erreicht, auch und gerade über die Medien. Das einzige, was man sagen könnte, ist, daß die Wertschöpfung immer noch bei der europäischen und russischen Industrie liegt - wobei dort auch die Chinesen eine Rolle spielen.

Was deine Frage betrifft: Ja, diese Mengen könnten auch von Kleinfischern gefangen werden, allerdings nicht von mauretaniaischen, denn die sind gar nicht so viele. Auch vor der Küste von Mauretania stammen die meisten Fischer aus Senegal. Es gab einmal ein Fischereiabkommen zwischen diesen beiden Staaten,

das 300 bis 1000 Pirogen aus Senegal erlaubt hat, in Mauretania zu fischen, weil es in den Küstengewässern dieses Landes viel Fisch, aber vor Ort nur wenige einheimische Fischer gibt. Dann hat Mauretania aus politischen Gründen die Senegalesen hinausgeworfen und vierzehn halbgroße Boote aus der Türkei zugelassen.

Auch von der Kleinfischerei kann ein so großer Befischungsdruck ausgeübt werden, daß sich die Bestände nach jahrzehntelanger Plünderung - übrigens auch durch die EU - nicht mehr erholen. Es gibt tatsächlich zu viele Pirogen da unten. Manche sprechen von 20.000, andere sogar von 25.000 an der Zahl. Wobei die Schiffe natürlich nicht alle zur gleichen Zeit und jeden Tag rausfahren.

Ansonsten finden Dorf- und Fischereigemeinschaften immer Wege, die Bestände zu schonen. Beispielsweise indem ein Teil des Dorfes nur jeden zweiten Tag rausfahren darf. Außerdem ist für Muslime aus traditionellen Gründen der Dienstag kein Fischereitag; Christen halten sich ebenfalls daran, denn letztlich sehen sie in dem Meer eine Seele, die ihnen den Fisch gibt, und lassen den Dienstag in Ruhe. Darüber hinaus werden Schonzeiten von einigen Monaten eingehalten, da die Leute wissen, daß sich bestimmte Arten erholen müssen. Sollten sich einzelne Fischer nicht daran halten, dann werden sie womöglich bestraft, manchmal etwas derber, als wir das bei uns machen würden. Dann kann es dazu kommen, daß ihnen das Boot abgefackelt wird. Das heißt, es gibt eine Kontrolle, auch wenn diese aufgrund der Armut der Menschen dort und

der Konkurrenz nicht immer durchsetzbar ist.

SB: Du befaßt dich ja schon seit langem mit Fischereipolitik. Als Laie ist es oft schwer einzuschätzen, ob sich die Fischbestände weltweit erholen oder immer mehr Arten überfischt werden. Da liest man schon mal, daß die Bestände stabil sind und ähnliches. Wäre das dann eine Stabilität auf einem niedrigen Niveau oder wie lassen sich solche Meldungen einordnen?

FM: Ich war heute auch erstaunt, denn seit sechs, sieben Monaten hört man, wie schlimm es dem Dorsch geht. Vor vier Jahren war Dorsch DAS Beispiel dafür, wie gut er sich in der Ostsee erholt hat. Gut, man muß einräumen, daß die Bestände nicht nur durch Überfischung, sondern immer auch durch meeresbiologische oder klimatische Ursachen dezimiert werden können. Außerdem treten manchmal Krankheiten auf, so daß beispielsweise in ganzen Schwärmen die Fische ihre Geschlechtsreife nicht erreichen.

Jedenfalls sind die Zahlen zur Fischerei umstritten. Der Fischereiexperte Daniel Pauly aus Vancouver bestreitet, daß die Zahlen der FAO, die alle zwei Jahre herauskommen, zutreffen. Er geht davon aus, daß viel mehr von der Biomasse abgefangen wird und die Überfischung größer ist als angenommen. Pauly hat nicht die Bestände abgeschätzt, sondern ist historisch zurückgegangen und hat gefragt, was täglich gefischt wurde. Die mit großem Aufwand gewonnenen Zahlen hat er mit denen der FAO kontrastiert und für manche Gebiete riesige Unterschiede festgestellt. Bezogen auf

die Biomasse wurden manche Gebiete dreimal so stark befischt. Das ist natürlich gefährlich.

Außerdem beobachten wir enorme Volatilitäten aus Gründen, die wir nicht kennen. Wir wissen zum Beispiel nicht, warum der Kabeljau vor Neufundland nicht wieder zurückkommt. Der wird dort schon seit zehn, zwölf Jahren nicht mehr befischt, doch er bleibt weg. Solche Beispiele zeigen dann auch, daß wir nicht so einfach mit den Zahlen umgehen und sagen können: Wir fischen drei Jahre nicht, dann geht es dem Fisch wieder gut. Oder wie Rainer Froese (Anm. d. SB-Red.: Dr. Rainer Froese, Leiter des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften in Kiel [1]) immer sagt: Gebt den Fischern in der Ostsee vier Jahre lang Hartz IV, so daß sie nicht fischen gehen, und anschließend haben wir mehr Fisch als vorher. Statistisch verbleiben wir schon seit zehn Jahren weltweit gesehen bei 80 Millionen, und es wird nicht eine Million mehr oder weniger ...

SB: 80 Millionen von was?

FM: 80 Millionen Tonnen Fisch, darüber geht nichts. Das ist schon mal ein Zeichen dafür, daß wir an irgendeiner Grenze sind. Ob das jetzt so ist, wie die FAO sagt, daß nur 30 Prozent überfischt und 40 Prozent nahe an der Überfischung dran sind oder davon doch ein Teil schon darüber ist, das ist sehr schwer zu sagen. Ich glaube, es ist auf jeden Fall Zeit, mehr zu tun. Und es wird auch etwas getan. Andererseits entsteht auch immer wieder mehr Druck. Besonders was China betrifft. Ich halte es für unverantwortlich, was dort für Überkapazitäten geschaffen wur-

den. Auch wenn im chinesischen Fischereiministerium inzwischen ein Umdenken zu beobachten ist, wie sogar Greenpeace bestätigt. Die Umweltorganisation hat mit den zuständigen Behörden lange Gespräche geführt. Man ist sich bewußt, daß man sich selber großen Schaden zufügt, wenn man die gesamte Fangflotte von der Leine läßt.

SB: Aber muß sich China nicht an die jeweils in den Regionen festgelegten Fangquoten halten?

FM: Ja, sicherlich. Aber wenn zum Beispiel die EU Verträge abschließt, dann verlangt sie von dem Partnerland, daß alle Verträge offengelegt werden. Deswegen wissen wir, wieviel Tonnen Fisch in Marokko gefangen, wie viele Schiffe dort eingesetzt werden, um welche Arten Fisch es sich handelt, und so weiter. Wegen dieser Transparenz fordern inzwischen schon die Kleinfischer in Senegal, daß ihre Regierung entsprechende Verträge abschließt.

Aber dort, wo das nicht passiert, wo keine vertragliche Absicherung besteht - es gibt ja nur elf Staaten mit EU-Verträgen -, da sind solche Angaben schwerer zu bekommen. China fischt auch unter Privatlizenzen. Die chinesische Regierung sagt selbst, sie wisse zum Teil gar nicht, wieviel Fisch gefangen wird. Man vergibt eine Lizenz an ein Schiff, doch das Dokument wird womöglich fünfmal gedruckt. Dann gibt es fünf Schiffe mit derselben Schiffsnummer. Wenn dann festgestellt wird, daß da irgend etwas schiefgegangen ist, wird das abgestempelt. Dann liegt eines der fünf Schiffe vielleicht jahrelang in Conakry und ein weiteres vor

Guinea-Bissau und niemand in China weiß, daß die Schiffe noch existieren.

Ich will hier aber kein reines China-Bashing betreiben. Man würde es sich zu einfach machen, wenn man sagt, die Chinesen sind die Bösen und die Europäer die Guten. Weil die Europäer andere Tricks anwenden. Beispielsweise fahren sie an jenes chinesische Boot in Westafrika heran, übernehmen den illegal gefangenen Fisch, mischen ihn unter ihren eigenen, legal gefangenen Fisch, weil sie vielleicht eine schlechte Quote haben, und fahren damit nach Las Palmas, um den Fisch anzulanden. Das kann keiner nachweisen. Es ist also nicht so, daß bei der europäischen Fischerei nicht noch große Schlupflö-



cher bestehen. Zudem zahlt die Europäische Union den Schiffseignern Subventionen. Dadurch werden chinesische und russische Schiffseigner unfair behandelt, denn sie erhalten keine staatlichen Hilfen. Da wissen wir, daß wir die bösen Buben sind.

Es gibt natürlich Superoptimisten wie den WWF, die sagen, wenn sich alle an die Fangquoten halten würden, könnten wir sogar irgendwann 180 Millionen Tonnen pro Jahr fischen. Theoretisch ist das tatsächlich möglich, denn wenn sich alle immer an die MSY (Anm. d. SB-Red.: Maximum Sustainable Yield - maximale nachhaltige Menge. Das ist der höchstmögliche Dauerertrag an Fisch, der entnommen werden kann) halten würden, dann reproduziert sich der Fisch. Dann hätten wir in zehn Jahren mehr Fisch als heute. Denn in den Weltmeeren lebten früher einmal mehr Fische als heute, das ist klar. Hätte man vor, sagen wir mal, 200 Jahren gefischt, hätte man sicherlich an die 300, 400 Millionen Tonnen anlanden können.

Fischerei ist für Senegal ein wichtiger Wirtschaftszweig
Foto: pixabay

SB: Ein Begriff, der heute häufiger fiel: Kohärenz des Meeresschutzes. Die miteinander kollidierenden Rechtssysteme sollen

einander angeglichen werden. Könnte es der handwerklichen Fischerei nicht auch Nachteile einbringen, sobald sie einem übergreifenden Rechtssystem unterworfen wird?

FM: Zunächst einmal finde ich es gut, daß die Weltgemeinschaft überhaupt auf die Meere schaut. Es wurden zahlreiche Initiativen gestartet, neue Organisationen mit neuen Rechtssystemen geschaffen und es finden Konferenzen ohne Ende statt. Auch die SDGs (Anm. d. SB-Red.: Sustainable Development Goals, z. Dt. Nachhaltigkeitsziele), selbst wenn sie nicht rechtebasiert sind, halte ich für gut. Dennoch muß sich die Weltgemeinschaft entscheiden, was Meere eigentlich sein sollen. Sollen sie tatsächlich das neue Wirtschaftswunder bringen, wie mit dem Begriff Blue Economy gesagt wird? Und das in einem belasteten System? Seit Jahren warnen wir, wie schlimm es den Meeren geht, doch von Bremen bis zu den Vereinten Nationen wird zu diesem Thema nicht ein Papier herausgegeben, das nicht überschrieben wäre mit: Blue Economy - Blue Growth (Anm. d. SB-Red.: Z. Dt. Blaue Ökonomie - Blaues Wachstum).

Die Meere sollen immer mehr liefern - ja, wovon denn? Auch dieser ganze Multi-Stakeholder-Ansatz mit den "Commitments". Das ist die neumodische Art, sich zu nichts zu verpflichten. Auf jeder Konferenz das gleiche, angefangen von Privatleuten, die erklären, daß sie ab übermorgen keinen Fisch mehr essen, bis zur australischen Regierung, die Millionen Dollar für nachhaltige Fischerei ausgeben will: Man "committet" sich. Das ist weniger als

"verpflichtend", man "verspricht" lediglich. Und so etwas nennt sich dann "Beschluß". Ich denke oft bei mir: Ja, gut, vielleicht wird das ja diesmal überprüft.

Sicherlich besteht die Gefahr, daß die Schwächsten darunter leiden. Es ist ja sehr schön, daß die Kleinfischerei inzwischen beachtet wird, zum Beispiel im Rahmen der SDGs. Aber dann heißt es wieder: Wir wollen den ärmsten Staaten dazu verhelfen, mehr an ihrem Dasein im Ozean zu verdienen. In Klammern dahinter: Kleinfischerei, Tourismus. Und dann sage ich mir: Hm, das ist ja wohl ein Unterschied.

Ich sehe das mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Es ist richtig, daß das Seerechtsübereinkommen die Mutter aller Verträge auf der See genannt wird, aber es hat auch große Schwächen. Nicht alles wird darin geregelt, vor allem nicht die Wassersäule. Es regelt die Fläche und den Boden, doch was dazwischen passiert, wird nicht behandelt, sieht man von den AWZ ab (Anm. d. SB-Red.: Ausschließliche Wirtschaftszone, auch 200-Meilen-Zone genannt).

SB: Wie stehst du zu dem Vorschlag, eine Weltmeeresbehörde einzurichten?

FM: Damit könnten wir gleich in Deutschland anfangen, wenn man bedenkt, daß für Meeresbelange acht Ministerien zuständig sind. Es wäre nicht schlecht, wenn man quasi alles, was die Meere berührt, zusammenfaßt, damit zumindest gemeinsame Entscheidungen getroffen werden. Aber wenn ich allein an die WTO-Debatte um Subventionen denke,

komme ich zu dem Schluß, daß es niemals eine Weltmeeresbehörde geben wird. Man hatte sich bei der WTO auf einen einzigen Satz geeinigt: Man verbietet Subventionen, die zu illegalem Fischfang führen. (lacht) Hallo? Welches Land wird zur WTO gehen und erklären: Ich zahle 100.000 Euro für illegalen Fischfang! Das ist kompletter Blödsinn. Dem Satz konnte natürlich jeder zustimmen, denn niemand vergibt illegale Subventionen. Schließlich war es Indien, das die Reißleine gezogen und die Farce beendet hat.

Alles in allem wird die Politik durchaus sensibler dafür, daß Probleme mit den Meeren bestehen. Das sieht man an den Themen Meeresmüll und Plastik. Das anzusprechen ist gut und wichtig. Dennoch muß man aufpassen, daß dieses Problem nicht alle anderen übertüncht. Es wäre zu schön, wenn es nur um Plastik ginge! Wobei das schon schlimm genug ist. Jetzt endlich wird zu dem Plastikproblem eine Wirtschaftsdebatte geführt. Es geht hier um die Konzerne, und es geht um die Kohlenstoffchemie. Ich hoffe nur, es wird nicht wieder alles über Commitments abgewickelt.

Daß wir mit Verve die Atomkraft abschaffen, aber die Kohlenstoffchemie überleben lassen, die uns ja einen Großteil der Probleme bereitet - das geht mit dem Klimawandel los und endet beim Plastikmüll im Meer -, halte ich für einen Fehler. Die Konzerne müssen angegangen werden, damit sie das Zeugs nicht mehr produzieren. Das könnte ganz schnell gehen, indem man eine Verordnung erläßt, nach der zum Beispiel Mikroplastik verboten ist.

Einfach Schluß. Nicht mehr produzieren. Aber nicht so, wie es jetzt die EU macht: Man darf es nicht verwenden. Oder die Plastiktütenkampagne. Nichts dagegen, aber wer produziert denn die Tüten?

Zu all dem muß man anpassen, daß man nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Denn mit dem Ende der Kohlenstoffchemie käme als Ersatz die Bioökonomie. Dann würden womöglich in den Meeren riesige Algenfelder angelegt, nur um Ersatzplastik zu produzieren. Deshalb drängen wir darauf, was auch Marie-Luise (Anm. d. SB-Red.: Marie-Luise Abshagen, Forum Umwelt & Entwicklung) schon zum Tiefseebergbau gesagt hat: Das ist vor allem eine Frage unseres Lebensverhaltens. Ob wir wirklich immer alles sofort brauchen und ob die Konzerne bereit sind, auch langlebigere Produkte zu schaffen, und einmal mit dem Gewinn zufrieden zu sein und nicht alle fünf Minuten riesige Gewinne generieren wollen - wie bei allen Dingen ist das am Ende auch eine Frage des kapitalistischen Verwertungssystems, das als Lösung - in diesem Fall des Rohstoffmangels - auf die Meere übertragen wird.

Leider ist auch die Ökonomisierung des Gemeingutes bei manchen NGOs beliebt. Man will uns weismachen: "Wenn ihr mehr darauf achtet, habt ihr mehr Geld." Aber ich will nicht das Geld, ich will das Gemeingut erhalten, so wie ich die Luft und andere Dinge erhalten will, auch ohne daß sie etwas wert sind, und zwar für alle Menschen.



"Brauchen wir das wirklich?"

(Marie-Luise Abshagen, 8. Juni 2018, Berlin)

Eingesammelter Plastikmüll von der Küste des Midway-Atoll, Hawaii, im April 2013

Foto: NOAA/NMFS/Pacific Islands Fisheries Science Center Blog, CC BY 2.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/]

Anmerkungen:

[1] Ein Schattenblick-Interview mit Dr. Rainer Froese finden Sie hier:

<http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0146.html>

[2] Schattenblick-Interviews mit Dr. Kim Detloff finden Sie hier:

<http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0028.html>

<http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0146.html>

Bisher im Schattenblick zur Konferenz anlässlich des "Tags der Ozeane 2018" unter INFOPOOL → UMWELT → REPORT erschienen:

BERICHT/140: Meeresnutzung - Schutzaufwände ungenügend ... (SB)

BERICHT/142: Meeresnutzung - scheingeschützter Tiefseeboden ... (SB)

INTERVIEW/277: Meeresnutzung - Recycling und andere Auswege ... Marie-Luise Abshagen im Gespräch (SB)

INTERVIEW/278: Meeresnutzung - Sofortmaßnahmen unverzichtbar ... Friederike Sorg im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0279.html>

SB: Die EU hat eine Beifangregelung verabschiedet. Greift diese Regelung oder wird sie unterlaufen?

FM: Im Jahr 2013 mußte ich die Begriffe Rückwurfverbot und Anlandegebote auch erstmal lernen. Das ist gar nicht so lange her und heute redet keiner mehr darüber. Ich habe heute Kim (Anm. d. SB-Red.: Kim Detloff, Bundesverband des NABU, Berlin [2]) gefragt, er arbeitet inzwischen gar nicht mehr zum Beifang. Man hat versucht, die Beifangregelung mittels Kameras an den Seiten der Schiffe zu überwachen, aber das brachte Schereien. Da hieß es auf einmal, es werde das Recht auf Privatsphäre verletzt. Meiner Meinung nach wurden bei dieser Regelung noch keine großen Fortschritte erzielt, ebensowenig wie bei dem zweiten großen Anliegen, nämlich bis 2020 die Fangmengen wieder aufzubauen.

SB: Francisco, vielen Dank für das Gespräch.

UMWELT / INTERNATIONALES / KATASTROPHEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Hidroituango in Bildern - Flora und Fauna

von Jonathan Luna



*Schmetterlinge, Januar 2018. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa*

(Bogotá, 27. Juni 2018, Colombia Informa) - Die Staudämme in Kolumbien sind zu einer Bedrohung für die Lebensmodelle und die Ökosysteme in den Gemeinden geworden. Im Fall von Hidroituango sind nicht nur die negativen Folgen für die Bewohner*innen beachtlich, sondern auch die Vertreibung und Ausrottung der Flora und Fauna, die den Cauca-Fluss bewohnen. Während des Sommers gibt es im tropischen Trockenwald nur wenig Wasser und an den wenigen Stellen, wo es sich zeigt, kommt es von den Bachläufen, die nur oberflächlich ausgetrocknet sind. Und genau dort

versammeln sich verschiedene Tiere, wie diese Schmetterlinge (siehe Foto), um Wasser zu trinken. Die endemischen Bäume und Pflanzen des tropischen Trockenwaldes haben Strategien entwickelt, um diese langen Dürre-Perioden zu überleben und deswegen gilt dieses nun stark bedrohte Ökosystem als eines der widerständigsten gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels. Mit Lügen von nachhaltiger und ökologischer Entwicklung wurden in Kolumbien tausende Hektar dieser Wälder dem Bau von Staudämmen geopfert.

Ein weiteres Problem beim Bau von Staudämmen, wie Hidroituango, ist die fehlende Sorgfalt bei den Studien über die Auswirkungen für die Umwelt. Es gibt

große Lücken bei den Untersuchungen über die Konsequenzen für das Ökosystem, das Klima und die Biodiversität. Beim Hidroituango gibt es keine professionelle Arbeitsgruppe, die sich mit der Bedrohung der endemischen Artenvielfalt in der betroffenen Gegend auseinandersetzt.

Die endemische Rattenart, Rata Espinosa del Magdalena, lebt in den Trockenwäldern. Man findet sie in den Flussbetten des Flusses Magdalena und Cauca:



*Stachelige Ratte Magdalena (Proechimys Magdalenae), Januar 2017. Puerto Escondido, Valdivia, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa*

Die Wildtier-Programme des städtischen Unternehmens Öffentlicher Dienstleistungen EPM (Empresas Públicas de Medellín, Hauptgesellschafter des Megaprojektes, Anm.d.Ü.) sind intransparent. Man weiß nicht, wie viele Tiere und welche Arten sich vor der Flutung des Staudamms

retten konnten, welche Tiere in Rehabilitationszentren und welche Tiere in den Fluten ertrunken sind. Während des Aufenthalts der solidarischen Karawane "Abrazando el Cañón del Río Cauca" in Ituango, konnte man eine Menge Reptilien, Amphibien und Insekten dabei beobachten, wie sie aus dem Wasser gekommen sind und nach trockener Vegetation suchten, um sich zu schützen. (...)



Tüpfelrennechse (Cnemidophorus lemniscatus), September 2017. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa



Gecko-Art 'Salamanqueja' (Thecadactylus rapicauda), September 2017. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Die Tiere, die sich während des Besuches der Karawane im Staubecken bei El Bombillo in der Gemeinde Ituango befanden, zeigten Anzeichen von Erschöpfung (...). Dort, wo sich im Staubecken Stämme und Holz dicht aufgetürmt haben, gibt es kein Durchkommen mehr. Man kann auch nicht unten durch schwimmen, um dieses Gebiet zu durchqueren. Wie die Einwohner*innen von Guayacanes, sind auch viele Tiere, v.a. große Säugetiere, zwischen Ansammlungen von Treibholz und aufragenden Felsen gefangen, tageweise reichte ihnen das Wasser bis zum Hals.



Die Insektenarten und andere wirbellose Tiere werden bei Hidroitango und anderen Stauprojekten nicht weiter beachtet und so tauchen sie auch nicht in den Listen bedrohter Arten auf. All diesen Projekten fehlt es an Untersuchungen über die Folgen für die Insektenbestäubung, die unabdingbar für die Ökosysteme und die Landwirtschaft ist. Laut der Studie "Der tropische Trockenwald in Kolumbien" [1] vom Umweltministerium und vom Humboldt-Institut aus dem Jahr 2014 gibt es über 600 Bienenarten im tropischen Trockenwald, aber man weiß nicht genau welche, wo sie leben, etc.



Stachellose Bienen (Melipona), Januar 2017. La Guamera, Valdivia, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

den katastrophalen Wandel, den die Flutung mit sich gebracht hat, überlebt haben. Es gibt aber auch viele Geschichten von Tieren, die nie erzählt werden können, weil sie die Flutung des Tals nicht überlebt haben. Gerade im Fall von Hidroitango war es eine Flutung ohne jede Vorbereitung. Nach Angaben von Claudia González, Direktorin der Umweltbehörde ANLA (Autoridad Nacional de Licencias Ambientales), wurden 32.516 Wildtiere gerettet, wovon 1018 gestorben sind und 31.461 an einen anderen Ort gebracht wurden.

Die Präsenz von Affen in einem Wald gibt Auskunft über den Zustand des Ökosystems, denn die Primaten reagieren besonders sensibel auf die Zerstörung ihres Lebensraums und die Jagd nach ihnen. Im Tal des Cauca-Flusses finden sich auch bedrohte endemische Arten, wie der Weißfuß-

Helmbasilisk (Basiliscus basiliscus), Januar 2017. Puerto Escondido, Valdivia, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

affe und andere empfindliche Spezies, wie der Kolumbianische Nachtaffe und die Weißschulter-Kapuzineraffen (siehe Foto).

Epiphytische Bromelie, Januar 2018 Quebrada Sardinas, Ituango, Antioquia



Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

die Giffrösche. Im Flusstal des Cauca kam der gelb gestreifte Giftfrosch (*Dendrobates truncatus*) sowie eine endemische Art, der Raketenfrosch Santa Rita *Colostethus fraterdanieli*, sehr häufig vor.



Weißschulter-Kapuzineraffe (Cebus Capucinus), Januar 2018. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia

Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Die kolumbianischen Trockenwälder beherbergen fast 2.600 Pflanzenarten, wovon 83 endemisch sind. In der oben genannten Studie werden 116 bedrohte Arten aufgeführt, 41 davon sind vom Aussterben bedroht. In der Bestandsaufnahme zur Pflanzenvielfalt, die die Staudamm-Erbauer*innen von Hidroitango oder El Quimbo durchführen, kommen die Epiphyten (Pflanzen, die auf anderen Pflanzen wachsen, Anm.d.Ü.), wie Orchideen, Kakteen und Bromelien nicht vor. Im Fall von El Quimbo wurde eine neue Epiphyten-Art (*Pitcairnia huilensis*) zwischen den gefällten Bäumen im Magdalena-Tal entdeckt, die sich auf dem Baumfriedhof, der diesen Staudamm im Departamento Huila umgibt, anhäufen. Auf dem Foto ist eine epiphytische Bromelien-Art der Gattung *Tillandsia* zu sehen.



Ebenso wie die Wirbellosen und die epiphytischen Pflanzen, stehen auch die Amphibien auf der Liste der in Mitleidenschaft gezogenen Tiere. In den Untersuchungen über die Folgen für die Umwelt, werden aber die gewöhnlichen Arten der Amphibien kaum katalogisiert, es gibt immer wichtige Arten, die nicht aufgenommen werden. Darunter vom Aussterben bedrohte Arten, endemische Arten und solche, die für die wissenschaftliche und medizinische Forschung von Bedeutung sein können, wie etwa

Gelb gestreifter Giftfrosch (Dendrobates Truncatus), September 2017. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia
Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Der Bau von Hidroitango zog die Vernichtung von mehr als 4.000 Hektar tropischem Trockenwald nach sich. Das ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass der tropische Trockenwald zu den bedrohtesten Ökosystemen des Landes zählt. Nur noch acht Pro-

zent der ursprünglichen Ausdehnung sind erhalten. In der Studie bestätigt sich, dass die Zerstörung des Waldes hauptsächlich durch die Ausbreitung der Land- und Forstwirtschaft, durch Bergbau, wachsende Städte und Industrie, durch Infrastruktur- und Mega-projekte sowie durch die Einführung exotischer und invasiver Arten verursacht wurde.



Februar 2018. Landschaft des Cauca-Tals mit Playas Guayacanes und Sardinias visibles

Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Kolumbien ist das Land mit der größten Vogelvielfalt weltweit. In den tropischen Trockenwäldern leben 230 Vogelarten, wovon 33 endemisch sind. Die staatliche Politik ist heuchlerisch und widersprüchlich, was den Schutz ihrer größten Reichtümer - Wasser und Biodiversität - betrifft. Auf der einen Seite sagen sie, sie wollen diese biologische und kulturelle Vielfalt erhalten und feiern sie aus wirtschaftlichen, touristischen und wissenschaftlichen Gründen und auf der anderen Seite fördern sie den Neo-Extraktivismus und zerstören die Lebensräume der unterschiedlichen Ökosysteme und der Gemeinden. Der Bechsteinara oder Grüner Ara ist eine stark vom Aussterben bedrohte Art und das Tal des Cauca ist eines der letzten Lebensräume in Lateinamerika für diesen Ara.



Grüner Ara (Ara Militar), September 2017. Playa Guayacanes, Ituango, Antioquia

Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Die Politik sieht die Flüsse als Energiequelle und sie opfern die höher gelegenen Regionen der Flussbecken für Staudämme und Mini-Kraftwerke und die mittleren und tiefer gelegenen Regionen für die Beförderung industrieller Handelsware. Die Menschen am Fluss leben in Gemeinschaften, die geschichtlich gesehen keine Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisse kennen, sie arbeiten auf eigene Rechnung, sei es als Goldwäscher*in und Fischer*in oder sie leben von der Landwirtschaft und Jagd und alles wird mit dem Kollektiv geteilt. In den freien Gemeinschaften, die oft in Gebieten mit großer Biodiversität von der Selbstversorgung leben, ist der Fluss der einzige Arbeitgeber. Und in das aktuelle wirtschaftliche System, wo eine politische Klasse vom Neo-Extraktivismus leben will, passen sie nicht rein.

Wenige Kilometer flussabwärts von der Mauer des Hidroituango mündet der Fluss Espiritusanto in den Cauca. Obwohl der Hidroituango bereits zu einer Katastrophe geführt hat, gibt es immer noch Befürworter*innen dafür, auch an diesem Fluss einen Staudamm zu bauen, den Hidroespiritusanto.



Januar 2017. Mündung des Flusses Espiritusanto in den Cauca, Valdivia

Foto: © Jonathan Luna, Colombia Informa

Jonathan Luna ist Fotograf [2] und Mitglied der Bewegung Ríos Vivos. Er arbeitet bei Colombia Informa in der Sektion Naturfotografie mit.

Anmerkungen:

[1] <http://media.utp.edu.co/ciebrereg/archivos/bosque-seco-tropical/el-bosque-seco-tropical-en-colombia.pdf>

[2] <https://www.instagram.com/entre.aguas/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/hidroituango-in-bildern-flora-und-fauna/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

MEDIEN / FAKTEN / PRESSE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Das Meinungsmonopol

von Benjamin Ferschli, Daniel Grabner und Hendrik Theine, 4. Juli 2018

Journalisten dürfen hierzulande schreiben, was sie wollen. Nur wenn sie darüber hinaus auch die Absicht haben, ihre Artikel zu veröffentlichen, wird es schwierig. Dann müssen sie an Torhütern vorbei, meist Chefredakteuren und Medienbesitzern, die ihre Werke nicht nur schreibhandwerklich, sondern auch weltanschaulich vorselektieren. Was bedeutet es für die viel beschworene Meinungsvielfalt, wenn Medien in Deutschland zunehmend in den Händen weniger, meist stramm neoliberal ausgerichteter Großunternehmen sind?

Unter dem Arbeitstitel Pravda - die Wahrheit - räsonierte [1] Elon Musk kürzlich über seine neueste Idee: eine Online-Plattform, die es ermöglicht, kritisch die Glaubwürdigkeit von Artikeln, JournalistInnen oder gar ganzer Medien auszuleuchten. Ein eigenwilliger Ansatz gegen Fake-News - vor allem Fake-News, die es zufälligerweise wagen, Marken wie Tesla in Verruf zu bringen.

Ähnliche Fälle finden sich auch diesseits des Atlantiks: Dietrich Mateschitz, Red-Bull-Gründer und wohl der reichste Österreicher, etwa monierte in einem für Aufregung sorgenden Interview [2] öffentliche "Meinungsdiktate" und gründete kurzerhand die, laut Eigenverständnis unabhängige, Rechercheplattform Quo vadis

veritas - Wohin gehst du, Wahrheit?

Solche Nachrichten erregen natürlich Aufsehen. Einerseits weil sich beide - Mateschitz wie Musk - Hype und Aura des (post-)modernen Unternehmers zu eigen gemacht haben. Andererseits weil beide versuchen, auf die Medien - eine der demokratischen Grundinstitutionen - einzuwirken. Eine derartige Einflussnahme durch zwei so wohlhabende Individuen wirkt nicht gerade unproblematisch, auch wenn beide sich zur Legitimation die Begriffe Wahrheit, Unabhängigkeit und Fremdsprachenkenntnisse an die Fahne geheftet haben.

Sich aber isoliert über solche Sachverhalte zu echauffieren und dabei das etablierte Mediensystem aus der Kritik zu nehmen, scheint fehl am Platz. Man denke an die Gründung der FAZ [3] - finanziert von einem Kreis aus Industriellen mit dem auserkorenen Ziel, den ideologischen Unterbau für eine liberale Wirtschaftsordnung im Nachkriegsdeutschland zu liefern.

Dies betrifft natürlich nicht nur eine Zeitung, sondern das Gros des Mediensystems in Deutschland.

Die meisten Medienunternehmen Deutschlands erwecken zwar

dank ihrer Besitzstrukturen - zu meist sind sie ja in Familienbesitz - einen etwas romantischen, etwas altmodischen Eindruck. Tatsächlich handelt es sich bei ihnen aber natürlich um Unternehmen, die nach der Logik der kapitalistischen Produktionsweise agieren.

Wer demnach mit Unbehagen betrachtet, dass Musk, Mateschitz, Bezos und Konsorten ihr Vermögen als Sprachrohr nutzen, sollte sich gleichzeitig fragen, was für einen Einfluss Springer, Mohn und Jahr ausüben und seit Jahrzehnten ausgeübt haben.

Dass man den EigentümerInnen deutscher Medienunternehmen mit diesem Vergleich wenig Unrecht tut, zeigt ein kurzer Blick in Deutschlands Reichenlisten [4]. Angesichts dieser Zahlen scheint die vielbeschworene Krise der Medien aus den reichsten deutschen Medienunternehmern noch keine armen Kirchenmäuse gemacht zu haben. Und auch wenn in manchen Fällen Vermögen geschrumpft zu sein scheinen, liegt der Verdacht nahe, dass das Kapital sich nicht über Nacht in Luft aufgelöst hat, sondern in steuer-schonenden Stiftungen geparkt wurde.

Darüber hinaus ist natürlich der direkte Schluss vom Privatvermögen diverser Medieneigentümer auf die Konstitution des Me-

dienmarktes insgesamt nicht zulässig, da zum einen diese Vermögen wohl nicht ausschließlich in Medienunternehmen zu verorten sind, sowie sicherlich Anteile von Personen und Unternehmen gehalten werden, die hier nicht abgebildet sind.

Der relevante, zugrunde liegende Widerspruch besteht jedenfalls in der idealisierten Rolle der Presse als demokratische Institution und ihrer ökonomischen Fundierung im Privateigentum.

Ein Widerspruch, der sich seit geraumer Zeit in der zunehmenden Tendenz zur Eigentumskonzentration im Pressebereich zugespitzt hat. So veranschaulicht alleine eine Betrachtung der ungefähr im Zweijahrestakt erscheinenden Studien Horst Röpers zum deutschen Tageszeitungsmarkt eine sich selbst überholende Tendenz zur weiteren Konzentration:

1997: Leichte Steigerung der Konzentration
2000: Konsolidierungsphase beendet?
2002: Wirtschaftliche Krise und steigende Konzentration
2004: Bewegung im Zeitungsmarkt 2004
2006: Probleme und Perspektiven des Zeitungsmarktes
2008: Konzentrationssprung im Markt der Tageszeitungen
2010: Rangverschiebungen unter den größten Verlagen
2012: Konzentration erreicht Höchstwert
2014: Erneut Höchstwert bei Pressekonzentration
2016: Pressekonzentration erneut leicht angestiegen
2018: Pressekonzentration wächst rasant

Die Studien Röpers beschränken sich dabei wohlgerne auf die Entwicklung am Tageszeitungsmarkt. Größere Studien, die eine holistischere Perspektive auf die Eigentumsstrukturen in der deutschen Medienlandschaft werfen, sind aber aufgrund der miserablen Datenlage äußerst rar gesät.

Diese schlechte Datenlage wird dabei von der Politik willentlich in Kauf genommen: Bis 1994 waren auf Basis der Pressestatistik des Statistischen Bundesamtes zuverlässige und breite Tendenzen im Mediensektor leicht recherchierbar. Diese wurde allerdings durch einen Kabinettsbeschluss der damaligen Bundesregierung ausgesetzt, was zu einem erheblichen Mangel an validen Daten im Bereich des Zeitungs- und Verlagswesens sowie im Rundfunkbereich führte, der nach wie vor gegeben ist.

Dieser Umstand wird zwar immer wieder problematisiert (zum Beispiel in einem Antrag der SPD und Grünen Fraktion vom 27. März 2012 oder im Gutachten des Hans-Bredow-Instituts von Februar 2017), allerdings sind bisher keine Verbesserungen zu erkennen.

Die wenigen Studien, Berichte und Forschungen im Bereich der Medienkonzentration sind damit aufgrund des fehlenden zentralen, umfassenden Datenangebots gezwungen, auf eine Vielzahl von fragmentierten Einzeldaten zurückzugreifen, was nicht nur mühsam ist, sondern die Forschenden auch vor Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit und Analysierbarkeit der unterschiedlichen Quellen stellt.

Um dieser Schieflage in der Struktur und der Analyse des deutschen Medienmarkts beizukommen, unternimmt das isw-München [4] eine Studie zur Verfasstheit der Politischen Ökonomie der deutschen Medien. Dabei werden die oben aufgeworfenen Problematiken behandelt und versucht, den Schwächen bisheriger Analysen beizukommen.

Im Sinne der kritischen Kommunikationsforschung ist damit das zentrale Ziel, die spezielle Position und Bedeutung von Medien unter der kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen sowie konkrete Aussagen über die Existenz von Eigentums- und damit Machtverhältnissen im deutschen Medienmarkt zu treffen.

Vor diesem Hintergrund versucht das vorliegende Forschungsvorhaben eine Aktualisierung der Frage nach "ownership and control" in Deutschland. Folgende Bereiche werden dabei berücksichtigt:

1. Makroebene: Analyse genereller Entwicklungen am deutschen Medien- und Werbemarkt (Stichwort Medienkrise und Digitalisierung).
2. Unternehmensebene: Eine vertiefende Analyse der größten Medienunternehmen. (hinsichtlich Eigentümerverhältnisse, finanzielle Kennzahlen und Konzentration).
3. Personenebene: Die Aufschlüsselung der zugrunde liegenden Eigentumsstrukturen im Rahmen einer "power structure analysis", um Verflechtungen in medienfremde Bereiche offenzulegen. (Verflechtungen zwischen Kapitalfraktionen).

Da es sich hierbei um eine sehr umfassende Tätigkeit handelt, hoffen wir Interessierte dazu bewegen zu können, unser Vorhaben zu unterstützen und es dadurch zu ermöglichen, uns in gebotener Tiefe mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen zu können. Diese Arbeit reiht sich in Ihrem Selbstverständnis in bereits bestehende Forschung der kritischen Kommunikationswissenschaft, wie etwa von Fuchs, Knoche, Meyen, Allmer, Rosa, Schenkel, Tröger, Stumberger, Sevignani und vielen anderen, ein.

Anmerkung:

Das Werk erschien auf Rubikon - Magazin für die kritische Masse [5] und ist unter einer Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International) [6] lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen darf es verbreitet und vervielfältigt werden.

Über die Autoren

Benjamin Ferschli ist Forschungsassistent am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der Johannes Kepler Universität

Linz und Doktorand an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er forscht zu Fragen der Vermögensschätzung und Ungleichheitsmessung. Darüber hinaus gilt sein besonderes Interesse Fragen und Methoden der Politischen Ökonomie sowie dem Wandel von Arbeit.

Daniel Grabner ist Doktorand, Gastlektor und Forschungsassistent am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der kritischen Politischen Ökonomie der Medien.

Hendrik Theine ist Universitätsassistent am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Er promoviert im Bereich der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien sowie der Cultural Political Economy. Er ist Gründungsmitglied und Obmann der Gesellschaft Plurale Ökonomik Wien sowie im Vorstand des BEIGE-WUM, dem Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen.

Anmerkungen:

[1] <https://twitter.com/elonmusk/status/999367582271422464>

[2] https://www.kleinezeitung.at/-steiermark/chronik/5197881/Dietrich-Mateschitz-im-Interview_Red-BullChef-rechnet-mit

[3] <https://www.mediadb.eu/forum/-zeitungsportraits/faz.html>

[4] siehe Balkendiagramm: <https://www.rubikon.news/artikel/das-meinungsmonopol>

[5] <https://www.isw-muenchen.de/>

[6] <https://www.rubikon.news/artikel/das-meinungsmonopol>

[7] <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfap-179.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

KUNST / VERANSTALTUNGEN / AUSSTELLUNG

Kulturcafé Komm du - August 2018

**"Augenblick im Licht..." (11.8. bis 12.10.2018)
Zeichnungen und Malereien mit Acryl und Farbstiften von Regina Elvers**

*Einladung zur Vernissage am Samstag, den 11. August 2018, 15:00 bis 17:00 Uhr
im Kulturcafé Komm du*

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende



Das **Komm du** lädt ein zu einer Vernissage
am Samstag, den 11.08.2018, 15.00 bis 17.00 Uhr:



Regina Elvers
„Augenblick im Licht ...“

**Zeichnungen und Malereien
mit Acryl und Farbstiften**

Fotos von Menschen und Tieren
inspirieren Regina Elvers zu ihren
Werken, die sie mit den Maltechni-
ken Farbstift auf Acrylgrundie-
rung oder Acrylfarbe auf Lein-

wand umsetzt. Ihre Bilder beeindrucken durch filigrane Details, große Ausdrucksstärke und einen malerisch eingesetzten Zeichenstrich, der sich zunehmend von der früher angestrebten Fotorealität abwendet. Die Künstlerin arrangiert das Spiel zwischen Licht und Schatten und erzeugt so dramatische Effekte. Seit ihrer Debüt-Ausstellung im Komm du im Sommer 2016 nahm die Autodidaktin an sechzehn Einzel- und Sammelausstellungen zwischen Stade, Hamburg und Lüneburg teil. „Augenblick im Licht ...“ läuft bis zum 12.10.2018.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Begegnung und Diskussion, Livemusik,
Kleinkunst- und Tanzperformances,
Ausstellungen, Lesungen, Vorträge,
Veranstaltungen für Kinder, Literatur-
und Zeitungsangebot, kostenloses
WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten,
selbstgemachter Kuchen, täglich
wechselnder Mittagstisch



Regina Elvers
„Augenblick im Licht ...“

Zeichnungen und Malereien
mit Acryl und Farbstiften

Vernissage am Samstag, 11.8.2018
15.00 bis 17.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de

Ausstellung bis zum 12. Oktober 2018

*Das Komm du lädt ein zu einer
Vernissage am Samstag, den
11.08.2018, 15.00 bis 17.00 Uhr:*

Regina Elvers:
"Augenblick im Licht ..."
**Zeichnungen und Malereien
mit Acryl und Farbstiften**

Fotos von Menschen und Tieren
inspirieren Regina Elvers zu ihren
Werken, die sie mit den Maltechni-
ken Farbstift auf Acrylgrundie-
rung oder Acrylfarbe auf Lein-
wand umsetzt. Ihre Bilder beeindrucken durch filigrane Details,
große Ausdrucksstärke und einen

malerisch eingesetzten Zeichen-
strich, der sich zunehmend von
der früher angestrebten Fotoreali-
tät abwendet. Die Künstlerin ar-
rangiert das Spiel zwischen Licht
und Schatten und erzeugt so dra-
matische Effekte. Seit ihrer De-
büt-Ausstellung im Komm du im

Sommer 2016 nahm die Autodidaktin an sechzehn Einzel- und Sammelausstellungen zwischen Stade, Hamburg und Lüneburg teil. "Augenblick im Licht ..." läuft bis zum 12. Oktober 2018.



Exponate der Ausstellung "Augenblick im Licht..." (11.8. bis 12.10.2018) von Regina Elvers im Kulturcafé Komm du

Oben links: "Allein auf der Bühne...", 60 x 80 cm (2017)

Oben Mitte: Die Künstlerin Regina Elvers

Oben rechts: "Flamencotänzerin im Spotlight"

Unten links: "Schattenspiel"

Unten Mitte: "Katze, Tierserie 2, 60 x 80 cm (2017)

Unten rechts: "Ballerina"

Fotos: © by Regina Elvers

Die Ausstellung läuft bis zum 12. Oktober 2018.

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 7.30 bis 17.00 Uhr, Samstag 9.00 bis 17.00 Uhr

**Die Vernissage in Anwesenheit der Künstlerin Regina Elvers beginnt um 15:00 Uhr.
Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de**

Der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen:

Regina Elvers - Homepage
<https://www.ellenvers.de/>

Zum Anschauen: Regina Elvers -
Farbstiftbilder ab 2018...
<https://www.ellenvers.de/farb-stiftbilder-ab-2018/>

*Kulturcafé Komm du
in der Buxtehuder Str. 13
in Hamburg-Harburg
Foto: © by Schattenblick*



*

**Das Kulturcafé Komm du
in Hamburg-Harburg:
Kunst trifft Genuss**

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden.

Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

**Das Kulturcafé Komm du
lädt ein ...**

Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff
http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/kunst/veranst/kaus9493.html>

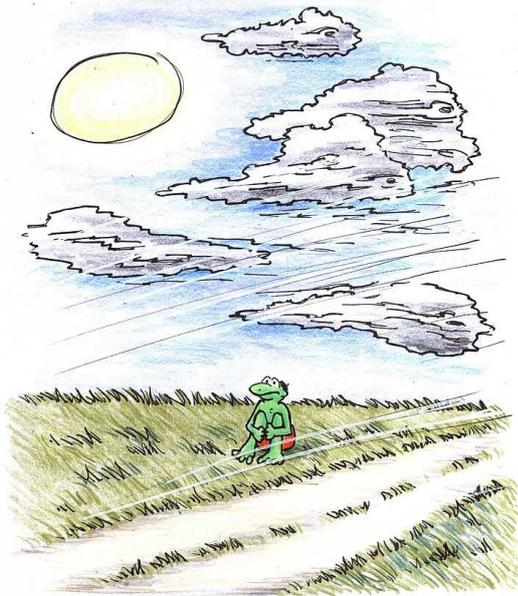


POLITIK - REDAKTION	Jemen - Huthisiege und Bombenrache ...	Seite 1
SCHACH-SPHINX	Emporgewirbelt aus Finsternissen	Seite 2
POLITIK - AUSLAND	Mexiko - Wahlsieger bereitet Übergang vor, Gewalt bei Lokalwahlen (poonal)	Seite 3
POLITIK - WIRTSCHAFT	Ein gutes Leben für Alle - Nicht mit einem 12-Stunden-Arbeitstag (Pressenza)	Seite 5
UMWELT - REPORT	Meeresnutzung - Überfischung ... Francisco Mari im Gespräch	Seite 6
UMWELT - INTERNATIONALES	Kolumbien - Hidroituango in Bildern, Flora und Fauna (poonal)	Seite 12
MEDIEN - FAKTEN	Das Meinungsmonopol (Pressenza)	Seite 16
KUNST - VERANSTALTUNGEN	Zeichnungen und Malereien von Regina Elvers, Vernissage am 11.8.2018 - 15 Uhr	Seite 18
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 6. Juli 2018	Seite 22

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 06. Juli 2018

+++ Vorhersage für den 06.07.2018 bis zum 07.07.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Kühl und windig,
Sonnenschein,
Wolken rindig,
Jean allein.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.